

INHALTSÜBERSICHT
=====

	<u>Seite</u>
§ 1 Einleitung	1
I. Die Regelung der Geschäftsführung als typusprägendes Strukturelement	1
II. Gliederung der Arbeit	3
 <u>1. Abschnitt</u>	
Die Beendigung der Geschäftsführung in der GmbH entsprechend dem gesetzlichen Normalstatut	4
§ 2 Die Rechtsbeziehungen des Geschäftsführers zur GmbH	4
I. Die gesetzliche Regelung der Geschäftsführung	4
II. Der gesetzliche Typus der GmbH	5
III. Die Rechtsbeziehungen des Geschäftsführers zur GmbH	6
1. Die Organstellung	7
2. Die Organstellung und das Anstellungsverhältnis	10
§ 3 Die Abberufung gemäß § 38 Abs. 1 GmbHG	15
I. Die Voraussetzungen	15
II. Die Rechtsstellung des abberufenen Geschäftsführers	17
§ 4 Die Abberufung gemäß § 38 Abs. 2 GmbHG	21
I. Gilt § 38 Abs. 2 GmbHG nur für den Gesellschafter-Geschäftsführer?	22
II. Der wichtige Grund	24
1. Die abstrahierend generalisierende Methode	26
2. Fallgruppen	28

II

	<u>Seite</u>
3. Die Präzisierung von Richtlinien	29
a. Die Generalklausel als Richtlinie	29
b. Die Bedeutung des tatsächlichen Konflikts	31
aa. Das Gesellschaftsinteresse und dessen Verletzung	32
bb. Das Erhaltungsinteresse	34
cc. Das persönliche Erhaltungsinteresse des Exekutivorgans	34
4. Zusammenfassung	35
III. Die Wirksamkeit des entgegen einer statutarischen Beschränkung erfolgten Widerrufs	36
1. Die Voraussetzungen der Abberufung	36
2. Die Wirkung der statutarischen Beschränkung	37
3. Das Anfechtungsrecht des Fremdgeschäftsführers	40
§ 5 Die Erschwerung der Abberufung aus wichtigem Grund	42
I. Erhöhte Mehrheitserfordernisse	43
II. Weitere Erschwernisse	45
III. Die Beschränkung der freien Widerruflichkeit als Bestandteil der Bestellung	47
§ 6 Die Beendigung des Anstellungsverhältnisses	49
I. Das Anstellungsverhältnis als Arbeitsvertrag	49
II. Die Anwendbarkeit einzelner arbeitsrechtlicher Regelungen	51
1. Allgemeine Grundsätze zum Kündigungsschutzrecht	51
2. Die Einschränkung der Kündigungsvoaussetzungen	52
3. Die Verlängerung der Kündigungsfristen	53
III. Die Voraussetzungen einer außerordentlichen Kündigung des Dienstvertrages	54

III

	<u>Seite</u>
§ 7 Die Beschränkung der freien Widerruflichkeit als Regelung des Anstellungsvertrages	56
I. Körperschaftsrechtliche Auswirkungen	57
II. Die Verletzung der obligatorischen Abrede als Grundlage eines Ersatzanspruchs	59
 <u>2. Abschnitt</u>	
Die Beendigung der Geschäftsführung in der personalistischen GmbH	62
§ 8 Personenbezogene GmbH	62
I. Der personalistische Gesellschaftstypus	62
II. Die Berücksichtigung personaler Strukturen im GmbH-Gesetz	64
III. Die personalistische GmbH in der Rechtswirklichkeit	67
§ 9 Die Beschränkung der freien Widerruflichkeit durch Gesetzesauslegung	69
I. Die subsidiäre Geltung des Rechts der OHG	70
II. Die rechtsanaloge Anwendung der §§ 117, 127 HGB, 712, 715 BGB	71
§ 10 Die Begrenzung der freien Widerruflichkeit durch Annahme eines Sonderrechts	74
I. Die Bedeutung des Sonderrechts	74
II. Der Umfang des Sonderrechts	75
III. Der wichtige Grund als Grenze des Sonderrechts	76
IV. Die Annahme eines Sonderrechts im Einzelfall	77
1. Kriterien zur Auslegung der jeweiligen Satzung	80
a. Die Bestellung in der Satzung	80
b. Die statutarische Beschränkung als Indiz für die Annahme eines Sonderrechts!	81

	<u>Seite</u>
c. Die satzungsmäßige Fixierung der Dauerstellung	82
d. Das Sonderrecht als Korrelat zur Nebenpflicht	83
e. Sonderrecht und Entschlußfreiheit	83
f. Das Sonderrecht und Überwachungsrechte der übrigen Gesellschafter	84
g. Das Sonderrecht und das Einstimmigkeitsprinzip	84
h. Sonderrecht und Einzelgeschäftsführung	86
i. Das Sonderrecht und die Einschränkung der Übertragbarkeit des Gesellschaftsanteils	87
2. Ergebnis	89
V. Die Rechtsstellung des abberufenen Geschäftsführers bei Streit um das Vorliegen eines wichtigen Grundes	89
1. Die Rechtsstellung des sonderberechtigten Geschäftsführers	89
2. Die Rechtsstellung des Mehrheitsgesellschafters	92
§ 11 Beschränkung der freien Widerruflichkeit durch Begrenzung der Stimmrechtsmacht	95
I. Der Grundsatz der freien Widerruflichkeit als Element des GmbH-Rechts	96
1. Der Grundsatz der freien Widerruflichkeit als Regulativ zu ordnungsgemäßer Geschäftsführung	96
2. Der Grundsatz der freien Widerruflichkeit als Ausdruck der Mehrheitsherrschaft	98
II. Rechtsgrundlage der Stimmrechtsschranken	100
III. Die Intensität der Treubindung als Maßstab der Ermessensschrumpfung	102
1. Die Intensität der Bindung an das Verbandsinteresse	103

	<u>Seite</u>
2. Die Treupflicht gegenüber dem Ge- sellschafter-Geschäftsführer	107
IV. Die Anfechtbarkeit des Beschlusses	112
V. Zusammenfassung	
§ 12 Besonderheiten bei der zweigliedrigen GmbH	114
I. Die Abberufung des Minderheitsgesell- schafter-Geschäftsführer	116
II. Die Abberufung des Mehrheitsgesell- schafter-Geschäftsführers	118
Anhang: Die Regelung der Beendigung der Ge- schäftsführerstellung nach dem GmbH- Gesetz, dem Regierungsentwurf und dem Gesetzesvorschlag für eine Handelsge- sellschaft auf Einlagen.	122